



**UNIVERSITÄT ROSTOCK**  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
Institut für Soziologie und Demographie



**Hochschule Wismar**

University of Technology, Business and Design  
Fachbereich Wirtschaft

# LAGEBERICHT

zur sozialen Situation in der  
**Hansestadt Stralsund**



Autoren:

Johann Gerdes, Annett Jackisch, Christoph Schützler

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



## Inhalt

	Seite
0. Vorwort.....	5
1. Rahmenbedingungen .....	7
1.1. Bevölkerungsentwicklung und -struktur .....	7
1.1.1. Bevölkerungsbestand.....	7
1.1.2. Bevölkerungsstruktur: a) Altersstruktur .....	8
1.1.3. Bevölkerungsstruktur: b) Geschlechterverhältnis.....	9
1.1.4. Bevölkerungsstruktur: c) Familienstand insgesamt .....	9
1.2. Bevölkerungsbewegungen.....	12
1.2.1. Natürliche Bevölkerungsbewegung.....	12
1.2.2. Wanderungsbewegungen.....	13
1.2.3. Struktur der Wanderungen.....	14
1.2.4. Wanderungsquellen und -ziele .....	16
1.2.5. Gesamtbilanz der Bevölkerungsbewegung.....	18
1.3. Wirtschaft .....	19
1.4. Arbeitsmarkt .....	25
1.4.1. Erwerbspotential.....	25
1.4.2. Erwerbstätigkeit.....	26
1.4.3. Arbeitspendeln (sv-pflichtig).....	28
1.4.4. Arbeitslosigkeit.....	30
1.5. Wohnungsstruktur und Wohnsituation in Stralsund.....	35
1.5.1. Wohnungsbestand und -struktur .....	35
1.5.2. Mietniveau und Baulandpreise .....	37
2. Daten zur sozialen Lage der Bevölkerung.....	39
2.1. Haushalte, Ehe und Familien .....	39
2.1.1. Eheschließungen und Ehescheidungen.....	40
2.1.2. Haushalte und Familien .....	41
2.2. Einkommen privater Haushalte .....	43
2.2.1. Verfügbares Einkommen privater Haushalte.....	43
2.2.2. Monatliches Haushaltsnettoeinkommen privater Haushalte nach dem Mikrozensus..	45
2.3. Sozialhilfe .....	47
2.3.1. Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU).....	47
2.3.2. Hilfe in besonderen Lebenslagen (HBL).....	50
2.3.3. Bruttoausgaben für Sozialhilfe .....	50
2.4. Wohngeld.....	53
2.4.1. Durchschnittliche Wohnkosten der Wohngeldempfängerhaushalte .....	54
2.5. Gesundheit .....	57
2.5.1. Meldepflichtige Krankheiten .....	57
2.5.2. Sterblichkeit nach Geschlecht und Alter .....	58
2.5.3. Gesundheitsrelevante Verhaltensweisen.....	59
2.5.4. Gesundheitsinfrastruktur.....	59
2.6. Bildung.....	63
2.6.1. Allgemeine Schulbildung .....	63
2.6.2. Berufliche Bildung .....	65
2.6.3. Hochschulbildung .....	65
2.6.4. Volkshochschule .....	66

2.7.	Kriminalität und Sicherheit .....	67
2.7.1.	Straftaten .....	67
2.7.2.	Ermittelte Tatverdächtige .....	68
2.7.3.	Strafverfolgung .....	69
2.7.4.	Infrastruktur.....	69
2.7.5.	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden .....	70
2.8.	Freizeit, Kultur und Sport in Neubrandenburg.....	71
2.8.1.	Freizeit.....	71
2.8.2.	Kultur .....	71
2.8.3.	Sport .....	75
3.	Situation ausgewählter sozialer Gruppen.....	77
3.1.	Kinder und Jugendliche.....	77
3.1.1.	Infrastruktur für Kinder und Jugendliche.....	79
3.1.2.	Erwerbsbeteiligung von Jugendlichen .....	81
3.1.3.	Sozialhilfeempfänger unter Kindern und Jugendlichen .....	82
3.1.4.	Interventionsstruktur: .....	83
3.2.	Senioren.....	85
3.2.1.	Infrastruktur für Senioren.....	86
3.2.2.	Sozialhilfebezug unter Senioren.....	87
3.3.	Behinderte .....	89
3.4.	Ausländer .....	93
4.	Situation in den Stadtteilen .....	99
4.1.	Die Hansestadt Stralsund ihre Stadtgebiete.....	99
4.2.	Bevölkerungsbestandsentwicklung .....	101
4.3.	Bevölkerungsbewegungen .....	102
4.3.1.	Natürliche Bevölkerungsbewegung .....	102
4.3.2.	Wanderungen .....	103
4.4.	Bevölkerungsstruktur .....	109
4.5.	<i>Wirtschaft</i> .....	111
4.6.	Arbeitsmarkt.....	112
4.7.	Wohnen .....	117
4.8.	<i>Haushalte und Familien</i> .....	118
4.9.	Sozialhilfe .....	119
4.10.	Gesundheit.....	120
4.11.	<i>Kriminalität</i> .....	120
4.12.	Kinder und Jugendliche.....	121
4.13.	Senioren.....	123

Häufig im Text verwendete Abkürzungen:

EW = Einwohner,

STALA = Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern

EWM = Einwohnermeldeamt,

sv-pflichtig Beschäftigte = sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

M-V = Mecklenburg-Vorpommern,

% = Prozent (pro Hundert),

‰ = Promille (pro Tausend)

Wegen der besseren Lesbarkeit wurden folgende Kürzel verwendet, deren Wortgehalt nicht ganz korrekt ist:

„über 65jährige“ / „über 50jährige“ usw. Dies bedeutet, es handelt sich um „65 Jahre und ältere Personen“ / „50 Jahre und ältere Personen“ usw.

Ebenfalls wegen der besseren Lesbarkeit und in Anlehnung an die gelebte Sprache wurde überwiegend auf die explizite Nennung der jeweils weiblichen und männlichen Form eines Pluralbegriffs verzichtet. Wenn von Einwohnern, Schülern, Ausländern usw. gesprochen wird, sind selbstverständlich Frauen und Männer gemeint.

## Vorwort

Der vorliegende Lagebericht 2004 zur Struktur und Entwicklung der sozialen Lage der Bevölkerung in der Hansestadt Stralsund ist der erste Versuch, ein möglichst umfangreiches Bild über die sozialen Rahmenbedingungen in der Stadt zu zeichnen. Dieser Report soll der Auftakt für eine regelmäßige Sozialberichterstattung sein, welche durch die Fortschreibung der im Bericht verwendeten Kennziffern und Indikatoren ermöglicht wird.

Der Zweck des Lageberichts besteht darin, Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit über die soziale Situation in der Stadt zu informieren. Eine solche Information stellt eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen, für konstruktive öffentliche Diskurse und für das planerische Handeln der Stadtverwaltung dar. Je umfassender das Wissen über die tatsächlichen sozialen Verhältnisse in der Stadt ist, um so zielgerichteter und effektiver können politische Entscheidungen, öffentliche Diskurse und planerisches Handeln gestaltet werden. Der vorliegende Lagebericht soll also ein hilfreiches Instrument zur Steuerung von städtischen Entwicklungsprozessen.

Im Lagebericht werden Informationen aus verschiedenen Lebensbereichen zusammengestellt. Die Informationen sind überwiegend so aufbereitet worden, daß Vergleiche mit anderen Städten, Regionen und dem Bundesdurchschnitt möglich sind bzw. aufgezeigt werden. Daraus ergibt sich die Orientierungsfunktion des Berichts, d.h. die Situation der Stadt kann an der in anderen Städten gemessen werden. Außerdem wird im Lagebericht versucht, verschiedene Informationen miteinander zu verknüpfen, so daß Ursachen und Bedingungs-zusammenhänge für einzelne Entwicklungen erkennbar werden. Dies erleichtert die Entwicklung zielgerichteter Handlungsstrategien und hilft Fehler vermeiden. Schließlich kann, bei einer regelmäßigen jährlichen Berichterstattung, ein Lagebericht dazu beitragen, die Wirkung politischer und planerischer Maßnahmen zu überprüfen. So können allgemeine politische Ziele, wie z.B. die Entwicklung nachhaltig positiver Lebensbedingungen in der Stadt, oder konkrete planerische Maßnahmen beispielsweise im Rahmen von Förderprogrammen, durch die regelmäßige Beobachtung der im Bericht verwandten (und jederzeit ausbaufähigen) Kennziffern und Indikatoren evaluiert werden.

Um allerdings zu hohe Erwartungen an den Lagebericht zu dämpfen, muß auch erwähnt werden, daß der Report letztendlich das Ergebnis vielfältiger Kompromisse ist. Ein wesentlicher Kompro-

miß ist zunächst die Beschränkung der Analyse auf relativ problemlos zugängliche Daten und Informationen der statistischen Ämter bzw. einiger Fachämter. Zusätzliche Erhebungen und Befragungen zur Gewinnung weiterer Informationen wären zu aufwendig und kostenintensiv, um sie regelmäßig durchführen zu können. Insofern muß der Lagebericht in vielen Punkten an der Oberfläche bleiben, können differenzierte Analysen nicht durchgeführt werden und müssen bestimmte Bereiche der sozialen Situation „weiße Flecken“ bleiben. Beispielsweise gibt es zum Einkommen der Privathaushalte, zum Qualifikationspotential der Bevölkerung o.ä. keine oder nur sehr wenige Informationen auf kommunaler Ebene. Der Ansatz des Lageberichts ist eher pragmatischer Natur, nämlich aus den vorhandenen Daten das Möglichste zu machen.

Die Beschränkung des Berichts auf den vorhandenen Datenfundus hat allerdings auch zur Folge, daß überwiegend nur Daten verwendet werden können, die irgendwie mit einem rechtswirksamen Akt zu tun haben. Das heißt, Daten über Personen oder Personengruppen liegen nur dann vor, wenn diese Personen im Rahmen eines amtlichen Verwaltungsvorganges erfaßt und registriert wurden, sei es, weil sie sich im Einwohnermeldeamt angemeldet, Wohngeld beantragt oder sich arbeitslos gemeldet haben. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung, die Zusammensetzung der Haushalte oder gar Meinungen und Verhaltensweisen von Menschen werden hingegen nirgendwo systematisch erfaßt. Dazu gibt es höchstens Befragungsergebnisse, die aber auf kommunaler Ebene oft nicht existieren. Daher bleibt nur, aus den vorhandenen Daten auf andere Fakten zu schließen, d.h. aus der Kenntnis theoretischer Zusammenhänge entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit der Daten mußten ebenfalls Kompromisse hinsichtlich ihrer Aktualität gemacht werden. Statistische Daten stehen nie tagesaktuell zur Verfügung. Sie sind i.d.R. das Ergebnis einer laufenden Berichterstattung von Fachämtern an das Statistische Landesamt oder an die kommunale Statistikstelle bzw. von systematischen Erhebungen dieser Ämter. In den Statistischen Ämtern werden die Daten kontrolliert, auf Plausibilität überprüft, ggf. neu berechnet, verglichen usw. Bei der Fülle der Daten, die jährlich verarbeitet werden müssen, sind die Veröffentlichten Daten der Ämter meist erst nach sechs bis zwölf Monaten verfügbar. Die Aktualität der Daten ist je nach Herkunft sehr unterschiedlich. Da im Lagebericht vielfach Daten unterschiedlicher Aktualität verknüpft werden, sind Angaben aus dem Vorjahr das aktuellste, was

möglich ist. Mitunter müssen bei tiefergehenden Analysen auch ältere Daten verwendet werden. Da der Lagebericht aber im wesentlichen längerfristige Entwicklungstrends nachzeichnet, ist die Tagesaktualität auch nicht so entscheidend. Im übrigen wurden dort, wo es möglich ist, auch die bis zum Redaktionsschluß aktuellsten Daten aufgenommen.

Ein weiterer Kompromiß besteht darin, sich aus der Vielzahl der möglichen Blickwinkel, aus denen heraus man einzelne soziale Bedingungen betrachten kann, nur auf jene zu beschränken, die eher allgemeiner Natur sind. So kann man die einzelnen Fakten bspw. aus sozialpolitischer, sozialpädagogischer, ökonomischer, ökologischer, gesundheitspolitischer oder fiskalischer Sicht bewerten. Da es nicht möglich ist, im Bericht alle Daten aus allen möglichen Perspektiven zu betrachten, bleibt der Report auf der beschreibenden Ebene und überläßt letztlich dem Leser die Bewertung. Der Lagebericht ist ein Ergebnis langwieriger Diskussionsprozesse, in denen je nach Funktion oder Fachgebiet der Diskussionsteilnehmer sehr vielfältige Erwartungen, Ansprüche und Interessen hinsichtlich einer regelmäßigen Sozialberichterstattung geäußert wurden. Sie alle in einem Bericht zu erfüllen, wäre unmöglich gewesen. Das heißt, auch hier ist der Ansatz eher pragmatisch und die Analyse beschränkt sich auf das, was machbar war.

Auch wenn der Lagebericht nur die *allgemeine* soziale Lage beschreibt und analysiert und Fachberichte, wie z.B. einen differenzierten Jugend- oder Gesundheitsbericht nicht ersetzen kann, so entsteht gleichwohl auch aus dem vorhandenen Datenmaterial ein Report, der wesentliche Informationen zur sozialen Lage enthält und der grundlegende Entwicklungen aufzeigt.

Das Innovative an dem vorgelegten Lagebericht gegenüber der Information aus Statistischen Jahrbüchern oder speziellen Fachberichten besteht in der Verwendung und Aufbereitung einer Vielzahl verschiedener Kennziffern und Indikatoren aus unterschiedlichen Sachgebieten, die nicht nur eine „einseitige“ Information aus dem Blickwinkel isolierter Fragestellungen erlauben, sondern die über eine inhaltliche Verknüpfung ein Gesamtbild zeichnen. Insofern kann der Lagebericht als Grundlage für Fachberichte angesehen werden.

Die Art und Weise, wie das Gesamtbild gezeichnet wird, ist allerdings eine „schwere Kost“, denn der Anspruch des Lageberichts besteht darin, auf knapp 120 Seiten in komprimierter Form eine möglichst große Anzahl von Informationen zu geben. Dies kann zwangsläufig nicht in Form

einer leichten Bettlektüre geleistet werden. Im Bericht werden eine große Menge von Zahlen, Statistiken und Grafiken kommentiert, was sich nicht wie ein Roman von vorne nach hinten konsumieren läßt. Vielmehr kann und soll der Lagebericht durchaus selektiv lesbar sein, d.h. man liest jene Passagen, die jeweils von persönlichem oder fachlichem Interesse sind und läßt sich durch erkennbare Querverbindungen zum Lesen anderer Kapitel verleiten. Insofern ist der Lagebericht auch als Mosaik oder Puzzle angelegt, das beim Lesen nach und nach ein Gesamtbild ergibt.

Zum besseren Verständnis der im Text verwendeten Begriffe, Abkürzungen und Definitionen wurde ein Handbuch erarbeitet, in dem die Begriffe erläutert werden und in dem die Kennziffern und Indikatoren mit Rechenbeispielen und inhaltlicher Zuordnung aufgelistet sind. Für die regelmäßige Fortschreibung des Lageberichts wurde zudem eine Datenbank entwickelt, die, bei entsprechender Pflege, die jährliche Aktualisierung des Lageberichts erleichtert.

Wer sich von den in diesem Vorwort gemachten Einschränkungen nicht abschrecken läßt, wird im Lagebericht der Stadt Wismar sicherlich eine Fülle von neuen Informationen finden, oder aber er wird lang gehegte Vorstellungen über die soziale Wirklichkeit in der Stadt bestätigt oder eben widerlegt finden. Auf jeden Fall wird er eine fachlich und methodisch korrekte und weitgehend objektive Aufbereitung der amtlich oder halbamtlich erhobenen Fakten vorfinden. Bewertungen ergeben sich vorwiegend aus sachlichen Zusammenhängen oder aus dem Vergleich mit anderen Gebietskörperschaften. Der Hauptanspruch des Lageberichts ist es, eine möglichst neutrale Informationsgrundlage zu sein.

Die Erarbeitung dieses ersten Lageberichts wurde durch Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Er entstand im Rahmen eines Kooperationsprojekts zwischen der Universität Rostock und der Hochschule Wismar in Zusammenarbeit mit den sechs kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns.

Die Autoren bedanken sich recht herzlich bei allen Beteiligten, die zum Gelingen des Projekts beigetragen haben.

Dr. Johann Gerdes

Dipl. Geogr. Annett Jackisch

Dipl. Geogr. Christoph Schützler